

# WER UNSERE ZUKUNFT ZERBRICHT, DEN WÄHLEN WIR NICHT!

**Aufruf gewerkschaftlicher Jugend- und Seniorenarbeitskreise des DGB, der IG Bau, IG Metall, ver.di und EVG:**



Man sagt: „Die Alten“ kosten zu viel – und meint damit in Wirklichkeit uns „Jungen“. Je jünger wir sind, umso mehr sind wir gemeint. Wie kann das sein?

Wir zahlen jetzt 9,35 % unseres Einkommens für die Rentner. So wenig haben Beschäftigte zuletzt vor 1990 geleistet, obwohl die Zahl der Rentner seitdem um 30 % zugenommen hat.

Und das kostet zu viel? Das ist lächerlich.

Die Riester-Gesetze verlangen: Wir sollen 4 % zusätzlich zahlen für die private Vorsorge. Nicht für die jetzt Alten. Sondern für uns – für die Zeit, wenn wir Rentner sind.

Wir wissen heute: Diese 4 % reichen nicht, um den Lebensstandard zu erreichen, den die Rentner vor den Gesetzen von 2001 hatten. Dazu müssten wir 8% bis 10% für private Vorsorge zahlen.

Aber: Die Beiträge zur privaten Vorsorge gehen an Versicherungskonzerne. Die machen damit Geschäfte und ziehen daraus Jahr für Jahr Gewinne. Je länger und je mehr wir einzahlen, umso höher wächst ihr Gewinn.

Welchen Betrag wir nach jahrzehntelangem Sparen für unsere Rente tatsächlich bekommen, steht in den Sternen. Finanzmarktkrisen, Konzernzusammenbrüche, Niedrigzinsphasen, hohe Inflation, unsichere Arbeitsplätze, ... – das sind Unsicherheiten und Risiken, die wir allein zu tragen haben. Eine sichere Zukunft für ein Leben in Rente sieht anders aus.



Politiker haben Gesetze gemacht, die unsere Zukunft als Rentner unsicher und teuer machen. Sie haben das Rentenniveau der jetzigen Rentner schon kräftig gesenkt – von 55 % 1991 auf heute 48 %. Das Niveau unserer Rente werden sie noch viel stärker senken – auf 43 % bis 2030, und danach wohl noch tiefer.

Sie haben Gesetze zur systematischen Verarmung

V.i.S.d.P.: Frank Hornschu, DGB KERN, Legienstr. 22-24, 24103 Kielön



im Alter gemacht – ohne Not, aber zum Vorteil der Versicherungskonzerne und der Unternehmen.

Seit 2001 ziehen sich die Unternehmen aus der paritätischen Finanzierung der Rentenversicherung zurück. Ihr Anteil wird ständig niedriger, während unser Anteil einseitig immer weiter nach oben getrieben wird – von 4 % auf 7 % und schließlich absehbar auf über 10 %. Und das zusätzlich zur gesetzlichen Rentenversicherung.

*Wir fühlen uns betrogen und erklären hiermit:*

**„Politiker, die nichts gegen die systematische Altersverarmung unternehmen, sind für uns nicht wählbar!“**

Wir werden in Zukunft keinen Politikern mehr unsere Stimme geben, die nicht bereit sind, diesen Kurs zur massenhaften Altersarmut umzudrehen.

Wählbar sind für uns nur noch Politiker, die sich dafür einsetzen, die umlagefinanzierte Rente in den alten Stand zurückzusetzen.

Ziel muss wieder sein: Lebensstandardsicherung im Rentenalter. Und das bedeutet: Anhebung der Rente auf mindestens 53% des Nettoeinkommens der aktiv Beschäftigten!



Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Straße / Nr: \_\_\_\_\_

PLZ / Wohnort: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Ausgefüllt bitte einsenden an:

„Seniorenauftand“, c/o DGB Region KERN  
Legienstraße 22, 24103 Kiel



**WER UNSERE ZUKUNFT ZERBRICHT, DEN WÄHLEN WIR NICHT!**



Gewerkschaftliche Jugend- und Seniorenarbeitskreise

[www.seniorenaufstand.de](http://www.seniorenaufstand.de)  
[www.rentenpolitikwatch.de](http://www.rentenpolitikwatch.de)

# WER UNSERE ZUKUNFT ZERBRICHT, DEN WÄHLEN WIR NICHT!



BLICK IN MEINE ZUKUNFT?



## Argumentationszettel zum Aufruf „Politiker, die nichts gegen systematische Altersverarmung unternehmen, sind für uns nicht wählbar!“

**1.** Der Rentenversicherungsbeitrag ist mit 18,7 % (9,35 % Arbeitnehmer + 9,35 % Arbeitgeber) so niedrig wie in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts, also wie vor 30 Jahren. Die Zahl der Rentner ist seitdem aber um über 30 % gestiegen. Nach Einschätzung der Deutschen Rentenversicherung (DRV) wird der Beitragssatz von 18,7 % bis zum Jahr 2021 nicht erhöht werden müssen.

**2.** Mit den Riester- und Rürup-Gesetzen wird das Rentenniveau systematisch gesenkt und zwar von 53 % auf 43 %. Rechnet man die zunehmende nachgelagerte Besteuerung hinzu, wird das Netto-Rentenniveau bis 2030 um 25 % bis 30 % gesunken sein.

**3.** Die DRV fordert die Versicherten mit jeder Renteninformation jährlich wiederholt dazu auf, die so entstehende „Versorgungslücke“ zu schließen. Diese Versorgungslücke wird für den Eckrentner im Zeitraum von 2000 bis 2030 auf monatlich über 260 € netto angestiegen sein.

**4.** Um die Versorgungslücke zu schließen, müsste ein 30- bis 35-jähriger Erwerbstätiger heute schon 8 % bis 10 % vom Entgelt zusätzlich für private Rentenversicherungen zahlen.

Das geht aus Modellrechnungen z. B. der Allianz-Versicherung hervor. Danach bekäme ein heute 35-jähriger, wenn er bis zum 67. Lebensjahr jeden Monat 100 € an eine private Rentenversicherung zahlt, am Ende eine Garantierente von monatlich 169 €. Das ist ein Bruttowert. Wenn davon Krankenversicherung, Pflegeversicherung, Steuer und die niedrigere gesetzliche Rente abgerechnet werden, kommt ein Nettobetrag von ca. 70 € raus.

Um die Rentenlücke von 260€ zu schließen, müssten demnach rund 350 € zusätzlich vom Bruttoentgelt gezahlt werden.

Das heißt, er oder sie müsste in etwa das Doppelte für Altersvorsorge bezahlen: Heute schon 18 % bis 20 % vom Entgelt, statt vielleicht 15 % in 20 oder 30 Jahren bei einer paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung.

**5.** Die Ergebnisse des 30 bis 40 Jahre langen Sparens sind sehr unsicher. Das Vermögen von privaten Pensionsfonds wurde durch die Finanzmarktkrise im Jahr 2008 um 5,4 Billionen \$ vernichtet (OECD-Zahlen). Jede Finanz- oder Währungskrise, jede ausufernde Inflation, Konzernzusammenbrüche, Kriege oder Katastrophen können die Sparvermögen gefährden, ja ganz vernichten.

**6.** Gewinner sind die Versicherungskonzerne. Sie erhalten Jahr für Jahr dutzende Milliarden Euro, mit denen sie gewinnbringende Geschäfte machen können. Jahr für Jahr werden die Besitzer der Versicherungskonzerne Dividende auf die Gewinne erhalten.

**7.** Wenn wir die Gewinner sein wollen, müssen wir die umlagefinanzierte Versorgung wieder stärken. Eine deutliche Anhebung des Rentenniveaus und die Einführung einer Erwerbstätigenversicherung in die alle einzahlen, schaffen die Basis für eine sozial abgesicherte Zukunft auch im Alter.